

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

## ZUVERSICHT UND LEIDENSCHAFT

*Vielen Genostikuren  
und Genossen,*

zwei Drittel Zustimmung zur Regierungsbeteiligung. Ein Drittel dagegen. Das Votum war klar genug, um die neue Regierung zu bilden. Und es ist ein ebenso klarer Auftrag, diese Große Koalition anders zu gestalten als die letzten beiden.

Das Ergebnis und vor allem die Gespräche und Diskussionen im Vorfeld sind eine Ansage, sich nicht im Klein-Klein des Regierungsbetriebs zu verlieren, sondern auch auf die Partei zu achten, sie zu stärken.

### VORAUSS DENKEN

Zwei Drittel Zustimmung für unsere neue Vorsitzende Andrea Nahles lassen ziemlich viel Luft nach oben. Aber auch dieses Ergebnis zeigt: Vielen fehlt noch Vertrauen, sie wollen mehr Erneuerung. Auch dieses Ergebnis ist ein Auftrag an uns, den Prozess fortzusetzen, die Partei vor lauter Regieren nicht zu vernachlässigen. Alleine schafft das die beste Vorsitzende nicht.

Trotz allem Zwiespalt, mich freut im 155sten Jahr des Bestehens unserer SPD die weibliche Vorsitzende. Zeit war's. Dass es dann gleich zwei Frauen im Rennen um den Vorsitz gab, ist vielleicht auch ein Indiz dafür, was in den letzten Jahren bei uns vernachlässigt wurde.

In 154 Jahren hat sich unsere SPD oft erneuert. Sonst gäbe es sie nicht mehr. Und wir waren immer Teil dieser Gesellschaft. In den Visionen oft weit voraus, in den Handlungen nicht immer kompatibel mit der Mitgliedschaft. Gut lief es, wenn voraus gedacht wurde, die Debatten aus der Mitgliedschaft und von klugen Vor-

denkern angestoßen, schließlich von den Gremien auf den Weg gebracht wurden und wenn wir es geschafft haben, Anstöße für den gesellschaftlichen Diskurs zu geben, anschlussfähig und zukunftsfähig waren. Daran arbeiten wir im Bund. Davon steht viel in dieser Ausgabe des VORWÄRTS.

### BEWEGUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

In Baden-Württemberg sind wir auf dem Weg. Vom Landesvorstand wurden nach einer munteren Basiskonferenz in Stuttgart Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit einer sinnvollen, schlagkräftigen Struktur der Partei befassen. Der Prozess läuft bis zum Sommer. Danach wird der Landesvorstand die Ergebnisse beraten und Vorschläge machen, die dann in den Gliederungen diskutiert und am Ende bei unserem Landeparteitag im Spätjahr in Sindelfingen beschlossen werden sollen.

In den Kreisverbänden ist allerlei Bewegung. Es gibt einen kleinen Generationenwechsel bei den Kreisvorsitzenden. Ich danke denen, die bisher Verantwortung trugen und jenen, die das Staffelholz weitertragen.



Schauen wir uns um: Wir brauchen auch in Baden-Württemberg eine starke Sozialdemokratie. Die Koalition bekommt schon nach zwei Jahren nicht mehr umgesetzt, was im Koalitionsvertrag verabredet wurde – eine Novellierung des Landtagswahlrechts: versenkt. Und das beim ebärmlichsten Frauenanteil in einem deutschen Länderparlament.

Voller Zuversicht schauen wir in diesen Tagen nach Freiburg. Martin Horn, dem von der SPD unterstützten OB-Kandidaten, ist am 22. April gelungen, womit wohl nur Berufsoptimisten gerechnet hatten: Er verwies den Amtsinhaber im ersten Wahlgang auf Platz zwei. Drücken wir alle am 6. Mai Martin Horn die Daumen.

Voller Zuversicht und Leidenschaft für unsere SPD grüßt

*Ente  
Ulrich Meyer*

Unsere Delegation beim Bundesparteitag am 22. April in Wiesbaden:







## CARLO-SCHMID-PREIS 2018 AN JOACHIM GAUCK

Joachim Gauck hat den diesjährigen Carlo-Schmid-Preis erhalten. Der Vorsitzende der gleichnamigen Stiftung, Siegmund Mosdorf, würdigte den ehemaligen Bundespräsidenten bei der Verleihung im Mannheimer Schloss. „Joachim Gauck versteht Politik als geistige Aufgabe. Er ist ein Brückenbauer zwischen Ost und West – in Deutschland und Europa“, so Mosdorf in der Feierstunde vor über 250 Gästen.

„Freiheit, Mitmenschlichkeit und Vergegenwärtigung der Geschichte sind Themen Ihres Lebens, die auch Ihre Prägung der öffentlichen Ämter bestimmt haben“, bemerkte Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz gegenüber Gauck in seinem Grußwort. In seiner Laudatio auf den Preisträger betonte Julian Nida-Rümelin, Gauck habe in unterschiedlichen Rollen dazu

beigetragen, dass Deutschland gelernt habe, mit seiner Vergangenheit verantwortungsvoll umzugehen.

Gauck selbst nahm den Preis mit Freude und Dankbarkeit entgegen. In seinen Gedanken über den Zustand der Demokratie betonte der ehemalige Bundespräsident, dass Freiheit und Liberalität von vielen Seiten infrage gestellt würden – weltweit, in Europa und in Deutschland. „Es gilt, nicht den Populisten hinterher zu laufen, sondern eine Beheimatungsstrategie zu entwickeln, die zur politischen Moderne passt. Dazu braucht es Mut zu Toleranz, Offenheit und Deutlichkeit“, so Gauck. „Wir sind nicht nur das Land des Wirtschaftswunders, sondern auch des Demokratiewunders. Und wenn wir das nicht glauben können, dann: Gute Nacht, Marie!“

## GERHARD GAISER VERABSCHIEDET

40 Jahre lang war Gerhard Gaiser aus Baiersbronn Vorsitzender des Kreisverbands Freudenstadt. Gaiser, der 1971 in die SPD eintrat, wurde schon ein Jahr später Ortsvorsitzender der Sozialdemokraten in Baiersbronn und stand von 1977 bis 2018 ununterbrochen an der Spitze des Kreisverbands. Er war damit über viele Jahre dienstältester SPD-Kreisvorsitzender Deutschlands.

Willy Brandt und Erhard Eppler prägten Leben und Politik Gaisers. Immer wieder war Brandt zu gemeinsamen Wanderungen und Aktionen im Landkreis Freudenstadt. Im Januar gab Gerhard Gaiser sein Amt nun an die 30jährige Viviana Weichenmoser ab.

Leni Breymaier würdigte den scheidenden Kreisvorsitzenden: „Mit Gerhard Gaiser geht eine Ära zu Ende. Ich kenne ihn als aufrechten, geradlinigen, unbeugsamen und unbequemen Streiter für die gute Sache. Ich danke ihm herzlich für



seine langjährige Arbeit und sein hohes Engagement für die SPD in Freudenstadt – und weit darüber hinaus“, so die Landesvorsitzende.

Für die SPD bleibt der 66jährige weiter aktiv: als Gemeinderat in Baiersbronn und als Mitglied des Kreistags in Freudenstadt. Und damit es ihm auch in Zukunft nicht langweilig wird, hat sich der passionierte Heimatforscher eine neue Herausforderung gesucht: Er lernt Chinesisch.

## Landesvertreterversammlung Europa

**Samstag, 22. September 2018** · Stadthalle Tuttlingen  
**Beginn: 11.30 Uhr / Begrüßung · Konstituierung · Reden**

- Leni Breymaier MdB, SPD-Landesvorsitzende
- Evelyne Gebhardt MdEP
- Tibor Szanyi MdEP, Ungarische Sozialistische Partei

### Antragsberatung

- Wahl der Delegierten zur Bundesvertreterversammlung Europa
- Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Bundesliste zur Europawahl

**Ca. 17.30 Uhr: Schlusswort**

Antragsschluss: 25. August 2018 (verkürzte Antragsfrist)

Die baden-württembergische Landesregierung hat im Mai 2017 den „Strategiedialog Automobilwirtschaft BW“ ins Leben gerufen, der aus vielen Arbeitsgruppen, Akteuren und Pilotprojekten besteht. Was ihr jedoch fehlt, ist eine wirkliche Idee und Strategie, wie der Transformationsprozess der Automobilindustrie erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Menschen in Baden-Württemberg warten vergebens darauf, dass ihre Landesregierung ihnen den Weg in das neue Mobilitätszeitalter aufzeigt.

Was machen die Arbeitnehmer, die heute bei Daimler oder Bosch für die Herstellung von Diesel-Fahrzeugen verantwortlich sind? Diese Menschen haben Sorgen um ihren Arbeitsplatz und sie treibt die Frage um, wie sie in fünf oder sechs Jahren ihre Familien ernähren können.

Eine erfolgreiche Transformation der Automobilindustrie kann nicht ohne diejenigen erfolgen, die die Transformation in der Realität umsetzen werden. Das sind eben nicht nur die Konzernchefs und Vorstandsvorsitzenden, sondern vor allem die Beschäftigten in der Automobilwirtschaft. Die Weichen für eine möglichst sozialverträgliche Transformation müssen daher jetzt gestellt werden.

Wir müssen zudem die Menschen unterstützen, die vor wenigen Jahren einen Diesel erworben haben und im guten Glauben davon ausgegangen sind, dass sie mit ihrer Kaufentscheidung eine gute Investition getätigt haben. Wir als SPD-Landtagsfraktion sind der Auffassung, dass die Betroffenen unterstützt und ihre Fahrzeuge nachgerüstet werden müssen, wo nötig auch mit der entsprechenden Hardware. So können Fahrverbote möglicherweise verhindert werden.

Bezüglich der entstehenden Kosten ist die Automobilindustrie in die Pflicht zu nehmen. In Anbetracht der Gewinnmeldungen der großen Autohersteller und der Steigerung der Vorstandsbezüge besteht kein Grund, sie aus der Verantwortung zu entlassen.

Durch ihr unreflektiertes Reden und Handeln sorgt die Landesregierung aber nicht nur für Unmut bei den betroffenen Dieselfahrern, sie gefährdet auch den notwendigen Verkauf von sauberen und modernen Dieselfahrzeugen. Um die Transformation der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität oder anderen alternativen Antrieben gestalten zu können, ist die Industrie auf den weiteren Absatz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor angewiesen. Nur so können die notwendigen Investitionen in andere Antriebe finanziert werden.

Viele Millionen Menschen besitzen und fahren Benzin- und Dieselfahrzeu-

FRAKTIONSVORSITZENDER ANDREAS STOCH

## QUO VADIS AUTOMOBILINDUSTRIE?



### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg  
**Verantwortlich:**  
Nicole Matthöfer  
**Redaktion:**  
Heike Wesener

**Anschrift:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Telefon 0711 2063-711/781  
zentrale@spd.landtag-bw.de  
www.spd.landtag-bw.de

www.facebook.com/  
spdlandtagbw

www.twitter.com/  
spdlandtagbw

ge. Diese können aber nicht von heute auf morgen auf Elektrofahrzeuge umsteigen, selbst wenn sie alle genug Geld dazu hätten.

Die derzeit markttauglichen E-Autos mit Lithium-Ionen-Batterie sind gut geeignet für Kurzstrecken oder den Stadtverkehr. Aber sie sind nicht oder kaum geeignet für Langstrecken, für den Urlaub in Italien oder den Verwandtenbesuch in Norddeutschland.

Derzeit ist die Lithium-Ionen-Batterie der einzige marktreife und markteingeführte Energiespeicher für E-Mobilität. Dementsprechend werden weltweit große Fabriken mit entsprechenden Herstellungskapazitäten gebaut. Wir müssen für eine erfolgreiche Transformation aber den Blick weiten und darauf achten, dass wir nicht in neue Sackgassen geraten. Die Mobilität der Zukunft muss emissionsarm und klimaneutral sein. Aber das werden wir nur mit einer Vielfalt an Technik erreichen.

Den Dieselmotor in einer Art von Hysterie komplett zu verdammen, ist der falsche Weg, solange wir stattdessen nur Benziner mit höherem CO<sub>2</sub>-Ausstoß fahren würden. Zudem sind die Emissionen der neuesten Dieseldesignerung geringer als die von Benzinfahrzeugen. Auch können synthetische Kraftstoffe, die mit Strom aus Wind- und Solarenergie erzeugt werden, klassische Verbrennungsmotoren antreiben, also die Motoren, die wir in Deutschland am besten bauen können.

Die Konzentration auf batteriebetriebene Fahrzeuge gefährdet auch den technologischen Vorsprung, den die baden-württembergischen Autobauer bei Benzin- und Dieselmotoren haben. Zumal auch bei der Elektromobilität noch nicht klar ist, ob sie Batterie betrieben oder mit der Brennstoffzelle operieren wird.

Gerade deshalb muss die Forschung, Entwicklung und über Pilotprojekte auch die Markteinführung anderer alternativer Antriebe gefördert werden und natürlich genauso die Energiespeichertechnologie insgesamt. Genau dafür will die neue Bundesregierung verstärkt Fördermittel bereitstellen, wie es im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD beschlossen wurde.

Für Fortschritte in Richtung Elektromobilität und alternative Antriebe muss der Staat durch Anreize, Förderung und Ordnungspolitik sorgen. Das Primat der Politik ist in dieser Transformationsphase erforderlicher denn je.

Wenn die Landesregierung Baden-Württemberg zum Mobilitätsland machen will, dann muss sie endlich auch ein vernünftiges Konzept für Busse und Bahnen und somit eine Alternative zum Auto entwickeln.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert seit zwei Jahren, Kapazitäten im ÖPNV auszubauen. Aber trotz eines grünen Ministerpräsidenten und eines grünen Verkehrsministers ist eine Offensive der Landesregierung zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs nicht erkennbar. Die Entscheidung über eine Fortführung und künftige Finanzausstattung des Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetzes nach 2019 ist weiterhin überfällig, während die SPD auf Bundesebene gerade die Mittel des Bundesverkehrsfinanzierungsgesetzes auf 1 Milliarde Euro verdreifacht hat. ■

LANDTAGS-  
FRAKTION

BADEN-  
WÜRTTEMBERG



SPD